

Die FDJ legt ihre Maske ab

„Sozialistische Staatsjugend“ und Kaderreserve der SED

Die sowjetzonale FDJ hat in der vergangenen Woche eine für ihre künftige Entwicklung folgenschwere Entscheidung getroffen: Unter bewußtem Verzicht auf jede „Überparteilichkeit“ ließ sie sich zur einzigen „sozialistischen Jugendorganisation der DDR“ erklären. Nichtkommunisten dürfen dieser Organisation nur noch angehören, wenn sie die ideologischen Ziele der FDJ bejahen und unterstützen. Diese aber wurden als mit denen der SED identisch bezeichnet. Die FDJ nominiert sich nunmehr selbst als „Kaderreserve der SED“, ihre Mitglieder sind verpflichtet, in den Reihen der „Nationalen Volksarmee“ oder „anderer bewaffneter Kräfte“ Dienst zu leisten sowie jede geforderte Arbeit beim „Aufbau des Sozialismus“ anzunehmen.

Auf den ersten Blick mögen dies keine sensationellen Neuigkeiten sein. Berücksichtigt man jedoch, daß die FDJ bis zu dieser 16. Zentralrats taggedung mit allen Mitteln ihren „überparteilichen“ Charakter glaubhaft machen wollte, bekommt jener Beschluß ein ganz anderes Gesicht. Aus welchen politischen Schichten rekrutiert sich denn heute die FDJ?

20 Prozent SED-Mitglieder

Etwa die Hälfte aller FDJ-Mitglieder sind 18 Jahre und älter. Von diesen sind nur rund 20 Prozent in der SED. Die restlichen 80 Prozent hätten jederzeit die Möglichkeit, überreten, auf ihre Anwerbung wird sogar große Mühe verwandt. Trotzdem lehnen sie das SED-Parteibuch ab. Mit dem Erreichen der Altersgrenze — das sind für die FDJ 25 Jahre — scheiden sie aus der Organisation aus und verlieren sich im günstigsten Falle im Dschungel der übrigen politischen Massenorganisationen.

Nun sagt die FDJ auf einmal ganz offen: Wir sind eine kommunistische Organisation; die Direktiven des SED-Zentralkomitees werden von uns kritiklos akzeptiert, unsere Weltanschauung ist einzig und allein der Marxismus-Leninismus, als Kaderreserve der SED sind wir verpflichtet, unsere Mitglieder später in die Staatspartei zu

überführen. Darüber hinaus gestehen wir uns das Recht zu, den politischen, militärischen oder Arbeitseinsatz eines jeden FDJ-Mitgliedes nach unserem Ermessen zu verfügen.

So etwas mag angehen, wenn es die SED ihren durch ein ganz anderes Parteistatut gebundenen Mitgliedern erklärt. Wer sich in die SED begibt, ist dieser mit Haut und Haaren verpfändet. Von der Mitgliedschaft befreit ihn nur der Parteiausschluß, die Flucht aus dem östlichen Machtbereich oder der Tod. In der FDJ dagegen haben wir es mit Jugendlichen zu tun, die zum Teil ganz anderen Parteien sowie den verschiedenartigsten Bevölkerungsschichten angehören. Viele von ihnen sind relativ unabhängig und keinesfalls auf eine Förderung durch politische Organisationen angewiesen.

Das Beispiel Leuna

Die FDJ-Führung bekam dies erst im vergangenen Herbst zu spüren, als sie die FDJ-Organisation der Leuna-Werke „reorganisieren“ wollte. Uplötzlich ging dort die Mitgliedszahl bis auf 60 Prozent zurück. Die Jugendlichen, die als hochbezahlte Facharbeiter nur zu gut wußten, daß das System auf sie angewiesen war und nicht umgekehrt, reagierten mit der einfachsten Form des

Protestes. Ähnlich sieht es unter den kommunistischen Jugendfunktionären aus. Viele, die vor Jahren ihren mäßig bezahlten Arbeitsplatz aufgaben, um den Büroschemel des Funktionärs dafür einzutauschen, blicken heute neiderfüllt auf die „Kollegen in der Produktion“. Die Zeiten sind vorbei, wo der Funktionär mehr galt als der Maschinenschlosser aus dem nächsten VEB.

Nicht anders verhält es sich mit der Ideologie. Die Tatsache, daß erstmals die FDJ-Mitgliedschaft Vorbedingung beispielsweise für den Ober schulbesuch war, hat viele Fünfzehnjährige in den kommunistischen Jugendverband gebracht, die es heute — als Achtzehnjährige — entrüstet zurückweisen würden, etwa in die SED einzutreten. Die schweren Auseinandersetzungen um Fragen des Atheismus und der stalinistischen Grunderziehung gerade in der FDJ haben auch den Zweiflern gezeigt, daß die Zugehörigkeit zu dieser Organisation keinesfalls immer mit einer kommunistischen Geisteshaltung verbunden war.

Nun will man, um langwierige Auseinandersetzungen über ideologische und disziplinäre Fragen abzuschneiden, die klare und eindeutige Gleichstellung mit dem sowjetischen Komsomol. Um den inneren Widerstand mit Gewalt brechen zu können, verzichtet man auf äußere Tarnung. Niemand weiß, selbst in der Führungsspitze der SED, ob dieser Beschluß glücklich war. Er wird zweifellos gewisse Widerstände brechen oder ihre Bekämpfung für die Kommunisten vereinfachen. Aber er ist auch das beste Mittel, um die FDJ zahlenmäßig innerhalb kurzer Zeit zu dezimieren.

Frühling mit Nachtfrösten

WG. Es war der Erste stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Mikojan, der im Verlaufe seines Wiener Staatsbesuches erklärte, daß ein neuer „politischer Frühling“ gekommen sei. Wenn hinter dieser schönen Verheißung der Wille Moskaus steht, den mit der brutalen Niederwerfung Ungarns eingetretenen Rückschlag der internationalen Politik mit Handlungen guten Willens wieder zu überwinden, dann wollen wir das Wort gern gelten lassen. Wir werden jedenfalls die weitere Entwicklung der sowjetischen Politik sachlich mit der Verheißung Mikojans vergleichen. Im übrigen glauben auch maßgebliche Kreise der westlichen Politik, gewisse Anzeichen dafür entdecken zu können, daß die Sowjets wieder stärker den Weg der Verhandlungen suchen. Es gibt diplomatische Beobachter, die diese Tendenz nicht einfach als eine neue „Friedensoffensive“ abwerten möchten.

Nicht nur Propaganda?

In London zum Beispiel blieb der Osterbrief Bulganins an Macmillan nicht ganz ohne Eindruck. In unterrichteten Kreisen wurde er nicht ohne weiteres als Propaganda abgetan, sondern es wurde festgestellt, daß er wenigstens teilweise ein ernsthaftes Bemühen um eine Lösung der Weltprobleme erkennen lasse. Auf der gleichen Linie liegt eine auch von amerikanischer Seite geteilte positive Beurteilung der sowjetischen Haltung auf der Londoner Abrüstungskonferenz. Es wäre sehr erfreulich, wenn längst fällige Zugeständnisse Moskaus diese Auffassung bestätigen würden. In Bonn schließlich waren es die Rapallo-Artikel in der von der Presseabteilung der sowjetischen Botschaft herausgegebenen Zeitschrift „Die Sowjetunion heute“, die sogar den Bundeskanzler aufhorchen ließen und ihn zu einer Rücksprache mit Botschafter Smirnow veranlaßten.

Es ist nicht unbedingt anzunehmen, daß dieses fast zwei-

stündige Gespräch nur der Klärung eines allerdings auffälligen Widerspruchs galt, der zwischen dem Rapallo-Artikel jener Zeitschrift und den Ausführungen Bulganins in seinem Brief an Macmillan bestand. Der Bundeskanzler wird dem Botschafter sicher wiederum erklärt haben, wie sehr ein wiedervereinigtes Deutschland auf gute Beziehungen zur Sowjetunion Wert legen wird. Er wird dabei nicht den Hinweis unterlassen haben, daß es nicht einer Beschwörung des sogenannten „Geistes von Rapallo“ und anderer Geister einer toten Vergangenheit, sondern ganz anderer Haltungen bedarf, um in der lebendigen Gegenwart ein normales und sogar freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu schaffen.

Ganz also wollen wir dem politischen Frühling Mikojans nicht vertrauen. Es ist ein Frühling mit östlichen Nachtfrösten, wie wir ihn soeben auch in der Natur selbst erlebt haben. Wir möchten von ihm andere Blüten sehen, als etwa nur den sowjetischen Staatszirkus, der vorläufig aus verständlichen Gründen in Deutschland noch unerwünscht ist. Wir möchten nämlich — um nur dies zu nennen —, daß an seinen Vorführungen in der Bundesrepublik auch jene Deutschen teilnehmen können, die Moskau noch festhält, obwohl sie nach Deutschland zurückkehren möchten...

Ein wichtiges Junktim

Die mit den sowjetischen Aktionen der letzten Wochen aufgeworfenen Fragen — mag es sich nun um eine mehr propagandistische „Friedensoffensive“ oder um realere Absichten handeln — werden auf der Anfang Mai beginnenden Bonner NATO-Tagung eine sorgfältige Prüfung finden. Mit dieser Konferenz der Außenminister der NATO-Staaten ist Bonn für einige Tage zum Mittelpunkt der atlantischen Gemeinschaft geworden. Es sind politische Fragen, die dort erörtert, geklärt und in besserer Übereinstimmung als bisher gemeinsam beantwortet werden müssen. Über ihre Beratung hinaus ist es wichtig, daß der Bundeskanzler die Gelegenheit zu eingehenden Besprechungen mit

dem amerikanischen Außenminister Dulles hat und dann auch mit dem britischen Ministerpräsidenten Macmillan, der eine Woche später zum Besuch in Bonn eintrifft.

Für die Bundesrepublik ist es bedeutungsvoll, in diesen Besprechungen festzustellen, daß die Westmächte in der Durchführung einer gemeinsamen Politik, die in dieser Hinsicht keine Abstriche verträgt, unbeirrbar und mit Vorrang an dem Ziele der Wiedervereinigung Deutschlands festhalten. Das ist gerade jetzt notwendig, weil die sowjetische Frühlingsoffensive von mancher Seite dahin gedeutet wird, daß sie das Ziel einer Verständigung mit den USA erstrebe, ohne auch das deutsche Problem lösen zu wollen. Der britischen Politik wird gelegentlich sogar die Deutung gegeben, als ob sie zu dieser falsch verstandenen „Entspannung“ einigermaßen geneigt sein könnte. Wenn führende Mächte des Westens sich tatsächlich mit solchen Überlegungen befassen sollten, dann wäre das eine Politik der Müdigkeit, der Resignation und des schwächlichen Verzichtes, die niemals zu einer wirklichen Entspannung führen könnte. Sie wäre unrealistisch, und wir glauben deshalb nicht, daß sie in London oder gar in Washington ernstlich erwogen werden kann.

Einer der Angelpunkte echter Entspannung liegt in der Bereitschaft wenigstens zu den ersten praktischen Maßnahmen einer kontrollierten Abrüstung. Wenn hier, wie selbst der amerikanische Delegierte Sosen glaubt, Fortschritte erzielt werden können, dann erreichen die Verhandlungen bald den Punkt, an dem zwangsläufig auch die Deutschlandfrage gestellt wird. Mit der Bundesrepublik müssen dann auch die Westmächte an dem verbindlichen Junktim festhalten, daß — wie der Bundeskanzler es eben wieder gefordert hat — eine kontrollierte Abrüstung ausdrücklich mit der deutschen Wiedervereinigung verbunden bleiben muß, deren Voraussetzungen vorher zu klären sind. Jede andere Entscheidung würde nicht nur die von allen erstrebte Entspannung zu einer

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Infred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Bundesrat für Europa-Gesetze

Keine Schwierigkeiten erwartet

W. W. Bonn. — Der Bundesrat, der sich als erste parlamentarische Körperschaft mit den beiden neuen Europaverträgen befaßt, wird weder gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft noch gegen die Atomgemeinschaft „Euratom“ Bedenken erheben. Nach den Vorbesprechungen eines Sonderausschusses ist aber zu erwarten, daß die Länderkammer einige Ergänzungen des Zustimmungsgesetzes verlangen wird. In diesen Ergänzungen soll eine Mitwirkung der Länder bei der Benennung der Abgeordneten für die parlamentarische Versammlung der europäischen Gemeinschaften gesichert werden. Außerdem fordern die Länder eine laufende Unterrichtung über die Entwicklung der Europageinschaften, die gleichfalls im Rahmen des Zustimmungsgesetzes zugesagt werden soll.

Bei ihren beiden Forderungen gehen die Länder von dem Gesichtspunkt aus, daß vor allem die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft einen großen Ein-

Bund legt Luftschutzpläne vor „Menschenrettung wichtiger als Sicherung der Produktion“

W. W. Bonn. — Die Bundesregierung will in der nächsten Zeit mit Nachdruck vorbereitende Luftschutzmaßnahmen vorantreiben. Im Gegensatz zur britischen Regierung hält sie es nach wie vor für notwendig und sinnvoll, für den Ernstfall Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung gegen Angriffe aus der Luft zu treffen. Sie wird in dieser Auffassung auch von den Professoren unter den 18 Unterzeichnern der „Göttinger Erklärung“ unterstützt, die selbst als Mitglieder der „Deutschen Schutzkommission“ an der Vorbereitung des Luftschutzes mitgearbeitet haben. Die drei Professoren Haxel, Maier-Leibnitz und Riezler erklärten, die Pläne der Bundesregierung für den Luftschutz seien nach ihren Untersuchungen zweckmäßig, und ein wirksamer Schutz der Bevölkerung unbedingt notwendig.

Nach Ansicht der Bundesregierung soll das Luftschutzgesetz, über das seit zwei Jahren im Bundestag beraten wird, unbedingt noch in diesem Sommer verabschiedet werden. Voraussichtlich wird diese Frage auch in der bevorstehenden Atomdebatte des Parlaments, die jetzt auf den 10. Mai festgesetzt werden soll, zur Sprache kommen.

In einer Pressekonferenz wurden zum erstenmal die Grundzüge der Regierungspläne bekannt. Sie umfassen folgende fünf Punkte: 1. Einrichtung eines schnellen und sicheren Warnsystems; 2. Bau von Schutzräumen; 3. Aufstellung eines Luftschutzhilfsdienstes; 4. Anlegung von Arzneimittelvorräten; 5. im Falle der Gefahr gewisse Evakuierungsmaßnahmen. Die Erklärung der drei Professoren, die auf Anregung des Bundesinnenministeriums abgegeben worden ist, spricht sich ausdrücklich für dieses Luftschutzprogramm der Regierung aus.

Nach dem Luftschutzgesetz soll in größeren Orten in Zukunft kein Neubau mehr ohne Luftschutzraum errichtet werden. Das Ministerium hat bestimmte Typen von Schutzräumen festgelegt, die dabei eingehalten werden sollen. Solche Schutzräume bieten zwar keinen Schutz gegen einen Volltreffer mit einer Atom- oder Wasserstoffbombe, aber sie bieten Schutz, wenn die Bombe nicht in unmittelbarer Nähe niedergeht.

Neben dem Schutzraumbau hält das Innenministerium eine gewisse Umquartierung der Zivilbevölkerung für die wichtigste Maßnahme im Ernstfall. Nach den vorläufigen Plänen ist vorgesehen, aus den am meisten bedrohten Zielen im Ernstfall alle Personen zu entfernen, die dort nicht unbedingt benötigt werden, also Frauen, Kinder, Kranke und alte Leute. Sie sollen möglichst in eine Entfernung von nur 50 bis 60 Kilometern von ihren Heimatorten gebracht werden.

Haltung zu Moskau unverändert

Echte Zugeständnisse wichtiger als Besuche

W. V. Bonn. — Trotz der vielfältigen sowjetischen Versuche, das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zu verändern, ist für die nächste Zeit nicht mit einer Wandlung der Politik der Bundesregierung gegenüber Moskau zu rechnen. Maßgebende Regierungskreise brachten zum Ausdruck, daß die diplomatische Offensive der Sowjetregierung gegenüber der Bundesrepublik ebenso zum Scheitern verurteilt sei wie ähnliche Versuche gegenüber anderen europäischen Staaten. Eine wirkliche Verbesserung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses könnte nur durch ein Entgegenkommen der Sowjetregierung in der Frage der Rückführung der Deutschen aus Rußland und durch eine aufgeschlosseneren Haltung gegenüber dem Problem der Wiedervereinigung Deutschlands erreicht werden.

Bis dahin mißt man in Bonn allen Erklärungen der Sowjets, daß der Besuch dieser oder jener politischen Persönlichkeit der Bundesrepublik in Moskau angenehm wäre, wenig Bedeutung bei. Immer wieder weisen maßgebende Regierungskreise darauf hin, daß zwischen den beiden Staaten diplomatische Beziehungen bestehen, die andere Kontakte weitgehend überflüssig erscheinen lassen. Auch die Abneigung gegen die Entsendung einer parlamentarischen Delegation nach Moskau ist kaum geringer geworden, und es ist bei dem Zeitmangel der Bundestagsabgeordneten in den letzten Monaten vor der Wahl höchst ungewiß, ob das jetzige Parlament die Einladung noch annehmen wird. Dagegen glauben maßgebende Regierungskreise in Bonn, daß die Sowjetregierung ihre diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik noch weit besser ausnutzen könnte als bisher. Vor allem besteht nach wie vor der Eindruck, daß die Sowjetregierung sich nicht aus-

reichend durch Berichte ihrer Botschaft in Bonn über die Stimmung in der Bundesrepublik unterrichten läßt. Sonst wäre es nicht möglich, meint man, daß beispielsweise mit solchem Nachdruck eine Wiederbelebung des „Geistes von Rapallo“ betrieben wird, der im Bundesgebiet alles andere als populär sei.

Tollkühne Flucht aus Ungarn

Wachmannschaften überlistet

Wien (DPA). Eine tollkühne Flucht nach Österreich gelang zwei ungarischen Unteroffizieren, die mit Bauarbeiten an der Grenze beschäftigt waren. Auf ein verabredetes Zeichen hin lief einer der beiden plötzlich in Richtung auf österreichisches Gebiet, während der andere ihn zum Schein verfolgte. Bevor die Wachmannschaften das Spiel durchschauten, waren beide Flüchtlinge bereits auf österreichischem Boden angelangt. Sie stellten sich unter den Schutz einer Patrouille der Gendarmerie.

England verschrottet Schlachtschiffe

London (AP/DPA). Mit der Vorlage des Haushaltsvoranschlags für die Marinestreitkräfte hat die britische Regierung Einzelheiten ihrer Umrüstungs- und Sparmaßnahmen bekanntgegeben. Im Gegensatz zu den Luftstreitkräften, deren Ausgabenetat vor allem wegen des neuen Raketenprogramms erhöht worden ist, wurden die Mittel für die Marine wesentlich gekürzt. In der Erläuterung zu den geplanten Maßnahmen heißt es, die letzten vier Schlachtschiffe der Marine sollten verschrottet werden. An ihre Stelle sollen modernisierte und neu ausgerüstete Flugzeugträger treten, die schnell bewegliche Kampfgeschwader und Düsenbomber beherbergen. Besonders der Suez-Feldzug, so wird betont, habe die Vorzüge einer schnell beweglichen Trägerflotte gezeigt.

Wiedervereinigungsplan des DGB

Allgemeine und gewerkschaftliche Forderungen

Düsseldorf (AP). Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat jetzt seine Vorschläge zur Wiedervereinigung Deutschlands veröffentlicht. Zur staatlichen Neuordnung werden in dem Sieben-Punkte-Programm u. a. vorgeschlagen: allgemeine freie und geheime Wahlen für eine Volksvertretung, die das alleinige Recht zur Regierungsbildung und Gesetzgebung haben soll, eine Garantie für Rede-, Versammlungs- und Be-

wegungsfreiheit sowie die Einsetzung unabhängiger Richter und Verwaltungsgerichte zum Schutz des Bürgers und seines Eigentums. Enteignungen sollen nur durch Gesetz möglich sein.

In zehn Punkten schlägt der DGB außerdem vorbereitende Maßnahmen allgemeiner Art vor, darunter die Wiederherstellung der Freizügigkeit im gesamtdeutschen Bereich, die Aufhebung aller Verkehrs- und

Die ungarischen Grenzsicherungsarbeiten werden voraussichtlich in der nächsten Zeit zu einem Protest der österreichischen Regierung führen. Eine Grenzkommission hat festgestellt, daß die Ungarn ihre Stacheldrahthindernisse teilweise auf österreichisches Gebiet vorgeschoben haben.

In Ungarn sind die Konzentrationslager wiedereröffnet worden, teilte die ungarische Sozialistenführerin Anna Kéthly in London mit. „Die Schreckensherrschaft ist blutiger ausgebrochen als vor der Revolution“, sagte Frau Kéthly. In einem der am meisten berüchtigten Konzentrationslager seien allein 10 000 Ungarn eingekerkert, während die Anführer der Revolution im Gefängnis der Sicherheitspolizei in Budapest schmachteten.

Postbeschränkungen, eine ungehinderte Begegnung der Menschen aus Ost und West, eine Verstärkung des Austausches von studentischen, kulturellen und sportlichen Gruppen sowie von Filmen, Rundfunk- und Fernsehsendungen.

So sind sie wirklich:

Aufstieg aus dem Nichts

Noch vor wenigen Jahren war es eine Selbstverständlichkeit für jeden kommunistischen Funktionär, Stalinist zu sein. Und wer in der Sowjetzone Karriere machen wollte, mußte folgerichtig zu den Parteigängern Ulbrichts gehören. Heute hat sich dieses Bild verschoben. Es gibt eine ganze Reihe prominenter Sowjetzonen-Kommunisten, die sich allmählich von Ulbricht lösen und nicht mehr auf dessen Karte setzen. Um so unlicher erscheint es, wenn ein Funktionär, der erst 1955 in die erste Garnitur gekommen ist, noch im Jahre 1957 fest auf die Führerrolle Ulbrichts baut.

Karl Namokel, 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ, wird erst im kommenden Juni 30 Jahre alt. Er ist Sohn eines Demminer Werftarbeiters und späterer KPD-Kreistagsabgeordneter, kam als 17jähriger zur Wehrmacht und geriet bei den Kämpfen um Eberswalde in sowjetische Gefangenschaft und wurde auf Grund besonderer Fürsprache sofort wieder „für Verwendung in der Antifalarbeit“ entlassen.

Zwischenfall in Demmin

Namokel, der bis zu seiner Einberufung als Lehrling auf einer Schiffswerft tätig war, durfte zusammen mit einem alten KJV-Funktionär den „Jugendausschuß“ Demmin gründen. Diese Jugendausschüsse waren die politisch noch recht beweglichen Vorläufer der späteren Staatsjugend FDJ.

Es ereignete es sich, daß ein ehemaliger Arbeitskollege Namokels aus britischer Gefangenschaft entlassen wurde und nun im Jugendausschuß erklärte, Namokel habe einen sogenannten „Fremdarbeiter“ bei der Gestapo denunziert, weil dieser seine Freundin „belästigt“ habe. Der Fremdarbeiter, ein Franzose, wurde daraufhin abgeholt und angeblich später „auf der Flucht erschossen“. Nun forderten die Mitglieder eine Untersuchung, die jedoch auf Anweisung des sowjetischen Stadtkommandanten niedergeschlagen wurde.

So war es ein unglücklicher Start, als Namokel 1946 den

KARL NAMOKEL

Posten des FDJ-Sekretärs der Kreisleitung Demmin übernahm. Als Namokel seinen Chef Erich Honecker zum erstenmal erblickte, hätte er selbst laut gelacht, würde ihm einer gesagt haben: „Du bist als dessen Nachfolger ausersehen!“

Die „Volkswerft Stralsund“

Die kommunistische Karriere ist an kuriose Zufälle gebunden. 1949 kam Namokel endlich auf die Landesparteihschule Mecklenburg und anschließend als FDJ-Sekretär zur „Volkswerft Stralsund“. Mit seinem soeben auf der Parteihschule erworbenen Wissen hatte er es nicht schwer, innerhalb weiterer zwei Jahre dort den SED-Sekretär zu verdrängen und als 24jähriger einer der damals wichtigsten Parteibetriebsgruppen zu übernehmen.

So wurde die „Volkswerft Stralsund“ für Namokel zum Ausgangspunkt persönlicher Erfolge. Als einer der Ersten trat er für eine „Normenerhöhungsbewegung“ ein, seiner Initiative entsprang eine persönliche Einladung an Ulbricht, der dem jungen Parteisekretär vor versammelter Belegschaft seinen Beifall bekundete. Namokel brachte dafür einen neuen Zug in das starre Kompetenzschema der Partei. Er erstattete Ulbricht direkte Erfolgsberichte, die in kunstvolle Mappen gebunden an das Zentralkomitee übersandt werden mußten. Die Bezirksleitung Rostock bekam deshalb im Sommer 1952 einen vertraulichen Wink, den brauchbaren Knaben als örtlichen Sekretär für Wirtschaftspolitik einzusetzen.

Im Dienst des SSD

Fest steht, daß Namokel zumindest in den Jahren 1953/54 für den Rostocker SSD gearbeitet hat. Während des Juni-Aufstandes fielen den Rostocker Arbeitern einige SSD-Leute in die Hand, die unter den Namen zahlreicher SSD-Agenten auch einen Karl Namokel aufführten. Trotzdem wäre Namokel kaum jemals über den Rang eines mittleren Bezirksfunktionärs hinausgekommen, hätten

sich nicht neue Gesichtspunkte ergeben.

Anfang 1955 war es innerhalb der FDJ-Führung zu Spannungen gekommen, die einen Rücktritt des damaligen 1. FDJ-Sekretärs Erich Honecker ratsam werden ließen. Für Honecker selbst wurde schon ein neuer Posten freigemacht: Er sollte der Militär-Sekretär des SED-Zentralkomitees werden, der Parteivorgesetzte des neuen „Verteidigungsministers“ Stoph. Wer aber würde die FDJ anführen? Ein Dutzend Zentralrats-Sekretäre reflektierten auf diesen Posten, um dessentwillen der Streit ausgebrochen war. Alle waren treue Kommunisten, aber — auf wen hätte sich Ulbricht so verlassen können wie auf Honecker?

In dieser Situation startete Ulbricht einen einzigartigen Coup. Er entsann sich des kleinen Karl Namokel von der „Volkswerft Stralsund“, berief diesen kurzerhand von Rostock nach Ostberlin und weihte ihn in seine Pläne ein. Kurz nach dem 1. Mai 1955 stellte dann Ulbricht seinen Namokel den verblüfften Zentralrats-Sekretären vor. Es gab eine Palastrevolution, aber dann siegte die Furcht vor Ulbricht und die Parteidisziplin.

Namokel weiß, daß er dieses Amt nur halten kann, indem er sich an Ulbricht bindet und — an den SSD. Trotz geringer Intelligenz mag ihm der sinkende Stern Ulbrichts nicht entgangen sein, aber — hat er die Möglichkeit der Wahl? Jeder seiner Mit-Sekretäre würde ihn lieber heute als morgen von dannen jagen. Die Funktionärsclique aus dem Zentralrat Unter den Linden kann es einem Namokel nie verzeihen, daß er sie über-tölpeln half. Und Namokel? Aus dem kleinen bescheidenen Provinzler ist ein allmählich die Maßstäbe persönlicher Macht verlierender „Chef“ geworden. Arrogant und herrisch regiert er die FDJ, kritiklos kommentierte er vergangene Woche Ulbrichts neues FDJ-Programm. Er ist der Typ des stalinistischen Komsomol-Funktionärs, hart, brutal und ohne echten Glauben...

Pankows neue „Manager“

Leuschner und Selbmann revidieren den Plan

Drei Ereignisse bestimmten in den letzten Wochen die sowjetzonale Wirtschaftssituation: 1. Die Bildung eines „Wirtschaftsrates der DDR“, 2. die Leipziger Kohle- und Energiekonferenz und 3. der „Volkskammer“-Beschluß über die Annahme eines wesentlich veränderten Volkswirtschaftsplanes für 1957. Nur wenige Eingeweichte vermochten aus den verwirrenden Zahlen des neuen Plans jene politische Veränderung abzulesen, die den ersten SED-Sekretär Walter Ulbricht Zug um Zug seiner ökonomischen Vormachtstellung beraubte und die Planungsgewalt in die Hände einer Reihe neuer „Manager“ überleitete.

Anfang April konstituierte sich in Ostberlin ein sogenannter „Wirtschaftsrat der DDR“. Seine fünf Fachkommissionen unterstehen den Ministerratsmitgliedern Fred Oelßner, Heinrich Rau, Fritz Selbmann, Paul Scholz und Willy Rumpf. Bruno Leuschner, der Vorsitzende der „Staatlichen Plankommission“, fungiert als Chef dieses interessanten Gremiums.

Der „Wirtschaftsrat“

Bis auf Scholz und Rumpf sind alle Mitglieder dieses „Wirtschaftsrats“ erklärte Gegner des Ulbrichtschen Fünfjahresplans. Einen Gegenplan aber hat bisher nur Bruno Leuschner eingebracht. Im letzten Dezember legte Leuschner dem SED-Politbüro einen Zweijahresplan vor, der die aus den Fugen geratene Zonenwirtschaft sanieren sollte. Ulbricht hat alles unternommen, um diesen Plan zu hintertreiben. Er warnte vor dem möglichen Mißerfolg, aber seine Mißerfolge schienen überzeugender. So vermochte er nur noch die Bildung eines kollektiven Wirtschaftsrats durchzusetzen, in dem nunmehr sechs „oberste Manager“ für die Realisierung der Leuschnerschen Wirtschaftspolitik verantwortlich sind.

Leuschner wird von Selbmann voll und ganz unterstützt, Oelßner und Rau aber sympathisieren zumindest mit seinen Plänen. So kam es zu jener Leipziger „Energie- und Kohle-Konferenz“, die den ersten Schritt zur Revision des Ulbrichtschen Fünfjahresplans bilden sollte. Der Rahmen dieser Konferenz war reiner Bluff. 2200 Funktionäre, Betriebsarbeiter und Angehörige der technischen Intelligenz nahmen Kenntnis von einem neuen

„Kohleprogramm“ der Regierung, ohne zu dessen Bereicherung beitragen zu können.

Realitäten, keine Utopien!

Leuschner und Selbmann wollen Realitäten, keine Ulbrichtschen Utopien. Drei Millionen Tonnen Braunkohle in greifbarer Nähe sind ihnen lieber als acht Millionen auf dem Papier. Und drei Millionen Tonnen soll nun das Schwerpunktobjekt „Schwarze Pumpe“ abwerfen, nachdem man dort die Pläne erst einmal bis zum Jahre 1960 befristete. Kommen zu diesen drei Millionen im Jahre 1960 noch weitere 50 Millionen im Jahre 1962 — die Erschließung von 23 neuen Tagebauen soll dies bewerkstelligen —, dann hat die Zonenwirtschaft erst einmal soviel Kohle, daß sie ihre größten

Immerhin bietet Selbmanns Kohleprogramm im Rahmen der neuen Leuschnerschen Wirtschaftsplanung eine Chance, aus dem ärgsten Dilemma herauszukommen. Oelßner, der für die Versorgung der Bevölkerung Verantwortliche, zeigte sich nicht weniger real. Er kassierte endgültig das leichtfertige Versprechen Ulbrichts, die Rationierung aufzuheben und verschob die Diskussion darüber bis auf das Jahr 1960. Mancher mag darüber — und nicht zu Unrecht — enttäuscht sein. Aber die Fachleute haben dieser geplanten „Aufhebung der Rationierung“ nur mit Besorgnis entgegengesehen. Eine Versorgungskatastrophe wäre die unausbleibliche Folge gewesen. Jahre kommunistischer Mißwirtschaft haben das Versorgungspotential derart strapaziert, daß die kuriossten

SSD, herhören!

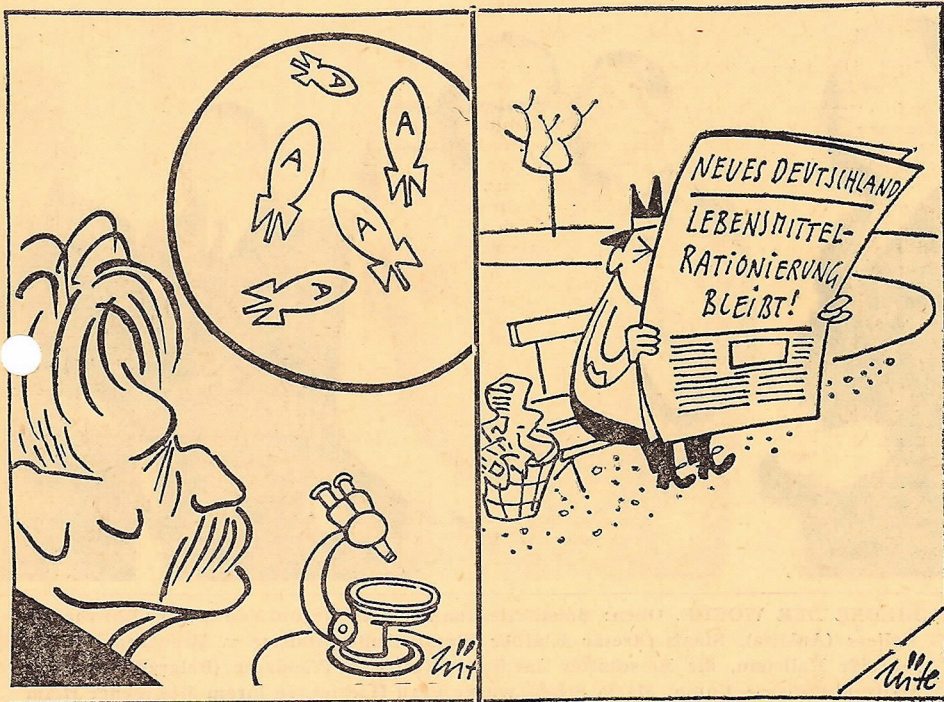
Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Brennstoff Sorgen zu den Akten legen kann. Einfach aber wird auch dies nicht sein. Vom Wohnungsbau und anderen Projekten müssen Investitionen abgezogen werden, die Sowjetunion muß Maschinenrüstungen liefern an Stelle ebenso dringend benötigter Lebensmittel — auch ein „Wirtschaftsrat“ ist keine ökonomische Zaubermacht...

Rationierung bleibt

Pannen zu befürchten waren. Übrig bleibt der „revidierte“ Plan. Seine echten Zahlen wären mehr als interessant, aber sie bekanntzugeben, wagen auch die neuen Männer nicht. F steht jedoch: Verschiedene schwerindustrielle Bauvorhaben ruhen bis 1959 bzw. 1960, andere werden in ihren Dimensionen der Realität angepaßt. Das „Eisenhüttenkombinat Ost“ zum Beispiel erhebt keinen Anspruch mehr darauf, das „gigantischste Hüttenwerk Europas“ zu werden. Dafür will man fleißig für den Export produzieren, um Devisen und damit Lebensmittel hereinzubekommen. Ein guter Plan, nur — auch er wurzelt noch im Alten. Denn solange die Gesamtplanung in Moskau erfolgt, sind auch den kommunistischen „Managern“ die Hände gebunden.



Erreger unserer Zeit

Die DDR hält treu an ihren
sozialistischen Errungenschaften fest!

Frühling mit Nachfrösten

Fortsetzung von Seite 2

trügerischen Illusion machen, sondern auch die Wiedervereinigung Deutschlands vernünftig und erschweren.

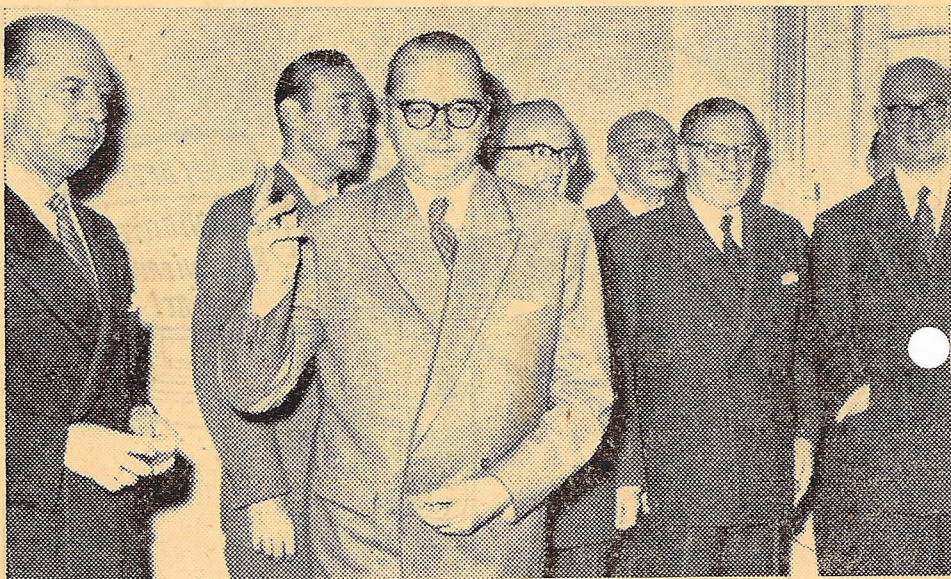
Das Gemeinsame betonen!

Immer wieder aber müssen wir uns bewußt werden, daß der entscheidende Anteil an der Lösung dieses nationalen Problems uns selbst zufällt: der deutschen Politik und Diplomatie, den politischen Parteien, der öffentlichen Meinung — jedem einzelnen von uns. Im Hinblick auf diese gemeinsame Aufgabe ist festzustellen, daß es den Deutschen viel leichter fällt, sich über Gestalt und Charakter des kommenden gesamtdeutschen Staates zu einigen, als über die Wege und Methoden, die zu ihm hinführen

sollen. Das eine ist Sache des Herzens und der doppelten Erfahrung mit dem System totalitärer Diktaturen, das andere, der Weg, ist Sache der Politik und also auch Gegenstand des Meinungsstreites. Das Manifest des DGB als Lösung der Gewerkschaften zum 1. Mai hat diesen Unterschied wieder einmal deutlich gemacht, weil es sich im wesentlichen — von einigen strittigen Fragen abgesehen — auf das beschränkt, was wir in der Gestaltung des gesamtdeutschen Staates gemeinsam erstreben.

In dieser fordernden Betonung des Gemeinsamen liegt der beste Beitrag, den die öffentliche Meinung Deutschlands zur Lösung des Problems leisten kann. Hier hat auch der

DGB sich mit seiner Botschaft ein Verdienst erworben. Wenn in dem ursprünglichen Entwurf manches enthalten war, was dem Appell an das Gemeinsame hätte beeinträchtigen können, so hatten die führenden Persönlichkeiten des DGB nach loyaler Aussprache mit christlich-demokratischen Persönlichkeiten, zu denen auch Bundesminister Jakob Kaiser gehörte, die bessere Einsicht, den geäußerten Bedenken bei der inhaltlichen und textlichen Formulierung des Manifestes Rechnung zu tragen. Das könnte fast ein gutes Vorbild für das sein, was auch im politischen Meinungsstreit über die Wege und die Methoden der Wiedervereinigung geschehen sollte. Wir wären nämlich stärker und dem Ziele näher, wenn auch dort das Gemeinsame überwiegen würde.



BILDER DER WOCHE. Oben: Botschafterkonferenz in Berlin. Von l. n. r.: Botschafter Oellers (Ankara), Staatssekretär Klaiber (Rom), Außenminister v. Brentano, Staatssekretär Hallstein, die Botschafter Jaenicke (Vatikan), Pfeiderer (Belgrad) und von Maltzan (Paris). — Unten: Maria Schell wurde Frau Hächler. In ihrem Münchener Heim wurde die beliebte Schauspielerin mit dem Regisseur Horst Hächler standesamtlich getraut. Trauzeugen waren Bernhard Wicki (links) und Helmut Käutner.

